

Voller Tapezieren u. Portefeuille Zeitung

Organ
des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuille Verbandes

Inserate kost. die sechsgesp. Nonp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Bräudenstraße 10 b III
Zerolprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Welt-Maitag.

Zum fünfunddreißigsten Male tritt die Arbeiterschaft aller Kulturstaaten, in welchen der Organisationsgedanke und die Idee des Sozialismus Wurzel geschlagen hat, am Ersten des Malen zur festlichen Begehung des Weltfeiertages der Arbeit zusammen. Im Jahre 1889 — vor 36 Jahren — tagten in Paris circa 400 Vertreter der Arbeiter aller Kulturländer, es war am Hundertjahrstag der französischen Revolution. Man hatte durch die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels endlich begriffen, daß der Macht des internationalen Kapitals nur wiederum auf internationaler Basis durch gemeinsames Zusammenarbeiten seitens der lohnarbeitenden Klassen erfolgreich entgegengetreten werden kann. Die Ausbeutung des Menschen und die Enteignung breiter Volksmassen von allem größeren Besitz und namentlich von Grund und Boden und den großen Produktionsstätten ist in allen Kulturländern zu beobachten.

Die Unternehmer sind überall am Werke, die menschliche Arbeitskraft möglichst rationell auszunutzen und möglichst niedrig zu entlohnen. Schon allein aus diesem Bestreben entsteht der sogenannte Klassenkampf, der Kampf zwischen Besitz und Nichtbesitz oder Unternehmern und Arbeitern. Um nun die Erkenntnis unter der Arbeiterschaft der ganzen Welt zu fördern, daß sie alle zusammen unter demselben System leiden und es nur auf internationaler Basis ändern können, wurde 1889 in Paris beschlossen, den 1. Mai eines jeden Jahres als Weltfeiertag der Arbeit festlich zu begehen und möglichst die Arbeit ruhen zu lassen.

Als wichtigste Forderung der Arbeiterklasse wurde der Achtstundentag bezeichnet. In den letzten Jahren hat das Unternehmertum gegen den Achtstundentag eine Kampagne inszeniert, die seitens der Arbeiterschaft eine entschlossene Abwehrbewegung ausgelöst hat. Dennoch konnten es die Organisationen nicht völlig verhindern, daß in einzelnen Fällen Unternehmer den Achtstundentag auf Umwegen befehligen haben. Es fanden sich immer wieder Angsthäsen unter der Arbeiterschaft, die sich zu leicht herumtriegen ließen und ihre Zustimmung zur Wiedereinführung einer längeren Arbeitszeit gaben. Im großen ganzen jedoch darf gesagt werden, der Nieder mit dem Schutz friedlicher

Achtstundentag steht fest, und wir lassen uns denselben nicht wieder rauben. Der 1. Mai soll Weltfeiertag werden und speziell für Deutschland ein allgemeiner nationaler Feiertag. So lautet die Forderung der Arbeiterklasse. Die Nationalversammlung in Weimar hatte dem Deutschen Reichstage die Beschlussfassung über diesen Punkt überlassen, dieser ist jedoch bis zu dieser Stunde zu einer Beschlussfassung noch nicht gekommen. Immer wieder wurde diese Entscheidung hinausgeschoben, offenbar in der stillen Hoffnung, daß über kurz oder lang wieder ein Monarch an die Regierung kommt und der alte Herrschaftsstandpunkt wiederhergestellt werden kann.

Seit einem Menschenalter kämpft die Arbeiterschaft für die Anerkennung des 1. Mai als allgemeinen Nationalfeiertag. Von Jahr zu Jahr stieg die Anteilnehmerzahl trotz aller Unterdrückungsversuche und trotz aller Maßregelungen, aber immer noch hält sich ein großer Teil der Arbeiterschaft abseits dieser Feier. Gewiß hat die katholische Kirche eine sehr große Anzahl von Feiertagen eingeführt, die von den Gläubigen gefeiert werden als etwas ganz Selbstverständliches. Warum soll die Menschheit den Gedanken, daß alle Menschen Brüder sind, nicht am 1. Mai in feierlicher Weise in der ganzen Welt zum Ausdruck bringen?

Hal der Männer mordende und Menschen vernichtende Weltkrieg uns noch nicht belehrt, daß es endlich an der Zeit ist, die Friedensspäße in der Geschichte der Menschheit zur Laftache werden zu lassen? Trotz aller Schrednisse der Kriegszeit und trotz aller Friedensbeteuerungen der Weltmächte rufen diese dennoch unablässig zu neuen Kriegen. Immer mehr Mordmaschinen und immer schärfer wirkende Giftgas werden erfunden, um gegebenenfalls die Bewohner ganzer Städte und Länder von der Erde vertilgen zu können. Die einzige Hoffnung, neue große Kämpfe unter den Weltmächten verhindern zu können, ruht tatsächlich in dem entschlossenen Willen der organisierten Arbeiter aller Länder, dies nicht zuzulassen. Nochmals erinnern wir an den Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Nr. 16 d. 3. Demonstriert am 1. Mai durch Arbeitsruhe für den Frieden und gegen Völkermord. Militarismus!

Das Unglaubliche, es ward Ereignis!

Hindenburg ist mit einer Mehrheit von rund 900 000 Stimmen als Reichspräsident gewählt. Marx erhielt nur 13 752 640 Stimmen, Hindenburg 146 339 399. Der Kommunist Thälmann erhielt 1 931 591 Stimmen. Marx und Thälmann zusammen hätten mithin 156 842 31 Stimmen, das ist ein Mehr von 104 483 Stimmen als Hindenburg erhalten hat.

Diese Angaben entnehmen wir dem „Vorwärts“. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ hat Thälmann seinen Stimmengewinn erhalten, sondern einen Verlust im Vergleich mit der letzten Wahl zu verzeichnen, nämlich 82 395 Stimmen. Man kann in diesem Augenblick noch nicht sagen, wie das genaue Endergebnis aussehen wird.

Interessant ist das Stimmresultat aus Offenbach a. M., dort erhielt Marx 25056 Stimmen, 1300 mehr als bei der letzten Wahl. Hindenburg 11919 Stimmen, mehr rund 2800 Stimmen, während Thälmann nur 3271 Stimmen, 546 weniger als bei der letzten Wahl erhielt.

Das Flugblatt des Kollegen G. Galm hat in Offenbach somit den gegenteiligen Erfolg erzielt, als beabsichtigt war. Trotzdem steht fest, daß Hindenburg nur mit Hilfe derjenigen, die für Thälmann stimmten, Reichspräsident wurde. Die Mehrheit des deutschen Volkes sind trotzdem Republikaner.

Konferenz der Auto- und Wagenfaktler im Freistaat Sachsen.

Infolge der bereits durchgeführten und noch bevorstehenden Umwälzungen im Produktionsprozeß der Autobranche stellten die Autofaktler der Filiale Chemnitz bei der Hauptverwaltung den Antrag, möglichst bald eine Konferenz für Sachsen einzuberufen, die sich mit diesen Dingen beschäftigt und die nötige Aufklärung schafft. Die Filiale sollte mit einbegriffen sein, weil die Firma Lindner, Ammendorf, mit den Chemnitzer Preßwerken direkt in Verbindung steht.

Der Hauptvorstand hat diesem Antrag stattgegeben, die Konferenz wurde auf Sonntag, den 19. April, ins Dresdener Volkshaus einberufen.

Gegen 12 Uhr eröffnete Gauleiter Böhme die Konferenz und begrüßte die Anwesenden. Der Hauptvorstand war durch Kollegen Gerhardt vertreten. Ins Bureau wurden gewählt: Böhme, Dresden als erster, Frahnert-Leipzig als zweiter Vorsitzender, Braun-Chemnitz als Schriftführer. Vertreten waren 11 Orte durch 16 Delegierte.

Die Tagesordnung lautete: 1. „Die Lage und die Umstellung in der Autoindustrie.“ Referent: Kollege Gerhardt-Berlin. 2. Aussprache und Stellungnahme zur Gesamtfrage. 3. Brandenanliegenheiten.

Der Referent ging zu Anfang auf den Antrag Chemnitz ein und glaubt bestimmt, daß die Konferenz ein greifbares Resultat bringen wird. Das Brauch-

bare müssen wir herausheben und verwerten. In der Fahrzeugindustrie überfüllen sich die Probleme. Die Eisenbahn zeigt sich auf die Dauer für ungenügend und das Auto muß einspringen. Wenn das Auto aber zur richtigen Verwertung kommen soll, müssen erst die Straßen verbessert werden. Mit der Steigerung der Produktion hängt auch die Verbesserung der Straßen zusammen. Der Referent stellte einen Vergleich zwischen Deutschland und Amerika in der Produktion, und auf wieviel Personen in beiden Ländern ein Auto kommt. In Deutschland bestehen für die Autoindustrie noch unbegrenzte Möglichkeiten.

Die Produktion in Nord- und Süddeutschland ist verschiedenartig. In Süddeutschland, z. B. Benz, Daimler, wird in ein und demselben Betrieb Unter- und Oberbau hergestellt, in Norddeutschland geschieht das getrennt. Der Amerikaner Ford hat den deutschen Fabrikanten die Augen geöffnet. Das Fordische System bringt eine Umstellung des ganzen Betriebes. Die Opelwerke in Rüsselsheim haben sich bereits darauf eingestellt. Im Februar d. J. wurden täglich 40 bis 50 Wagen produziert, gegenwärtig schon 100. Jedoch sind auch der Produktion Grenzen gezogen, denn es fehlen schließlich die nötigen Abnehmer. Die deutschen Unternehmer fürchten die ausländische Konkurrenz und möchten dieselbe durch hohe Zölle zurückdrängen. Trotzdem wird sich die deutsche Autoindustrie durch Umstellung und Materialersparnis aufwärts entwickeln. Der Serienbau wird in Zukunft eine Rolle spielen, und ungelernete und weibliche Arbeitskräfte werden begehrt sein.

Gegen die technische Entwicklung können wir uns nicht stemmen, aber die Gewerkschaften, die Betriebsräte müssen den Produktionsprozeß beeinflussen. Der gelernte Arbeiter, der Qualitätsarbeiter muß im Vordergrund stehen und wird auch gebraucht werden. Bei Lohnbewegungen müssen wir das Heft in der Hand behalten, um nicht unter den Schillern zu kommen.

Der Zweck der Versammlung sollte sein, aufklärend zu wirken. Richtlinien sollen nicht gezogen werden. Aus dem Extrakt der Verhandlungen muß herausgenommen werden, was notwendig ist.

Die Aussprache war auf der Höhe. Es beteiligten sich alle Delegierten und gaben ihr Bestes. Ueber technische Umstellungen, neue Arbeitsmethoden, Umwälzungen im Produktionsprozeß, Lohnverhältnisse und Einstellung der Gewerkschaften kam viel Brauchbares zum Ausdruck. Auch Fragen der Agitation, vor allen Dingen bei den Frauen, wurden in genügender Weise erörtert. Es kann behauptet werden, daß Referat und Aussprache sich vollständig ergänzt haben. Das unterstrich auch Kollege Gerhardt in seinem Schlusswort. Er streifte die Ausführungen verschiedener Diskussionsredner, stellte manches richtig und betonte zum Schluß, daß der Autoindustrie in Deutschland eine Zukunft bevorsteht. In den Gewerkschaften, an den Kollegen in den Betrieben läge es, die Situation zu erfassen, damit sich der Aufschwung nicht auf Kosten der Arbeiter vollziehe.

Beim Punkt 3 wurden noch einige Wünsche an die Redaktion vorgebracht und verschiedene Fragen klargestellt.

Es wurde eine Kommission eingesetzt, die die Aufgabe hat, alle Veränderungen in der Lohnpolitik, in der Produktion und in der Preisgestaltung sofort auszutauschen. Diese Kommission erstreckt sich auf die Orte: Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Waagen.

Zuletzt stellte die Konferenz den Antrag: Der Zentralvorstand des Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes wird beauftragt, sich sofort mit dem Metallarbeiterverband in Verbindung zu setzen, um die nötige Auskunft über Umstellung und augenblickliche Verhältnisse in der Autoindustrie zu erzielen.

Vorsitzender Böhme schloß um 16 Uhr und drückte den Wunsch aus, das Gebörte im Interesse der Kollegen weiterzuverbreiten und auszulegen. Braun.

Ende des Berliner Tapeziererstreiks.

Die 46stündige Arbeitswoche gehalten!

Der in der Geschichte der Berliner Tapeziererbewegung beispiellos dastehende siebenwöchige Kampf ist mit Erfolg beendet. Es galt, in diesem Streik zu einem Tarifvertrag zu kommen und eine zeitgemäße Lohnerhöhung durchzuführen. Die Bemühungen der Unternehmer, während der letzten Zeit die wichtigsten Bestandteile des Tarifes, wie Arbeitszeit, Ferien zu verschlechtern, wurden trotz der schlechten Zeit zurückgewiesen. Die Weigerung der Unternehmer, einen Tarif mit tragbarem sozialen Inhalt abzuschließen, und der Lohn, der zu den hohen Lebenshaltungskosten im Vergleich zur Vorkriegszeit in gar keinem Verhältnis stand, zwang uns zum Kampf. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab; dadurch war die Situation äußerst schwierig gelagert. Viele Dinge waren dabei zu berücksichtigen. Das durch die bekannnten Ursachen geladerte Organisationsverhältnis, die unfruchtbar geliebene gewerkschaftliche Erziehungsarbeit und vieles andere. Die Ausdauer und die glänzende Haltung der Streikenden in den sieben Wochen haben gezeigt, daß die Berliner Tapezierer sich bewußt waren, daß sie auf Jahre hinaus der Willfür der Arbeitgeber ausgeliefert gewesen wären, hätten sie nicht durchgehalten. Die Unternehmer glaubten, einem Streik der Tapezierer die Generalauspehrung entgegenzusetzen zu können. Es gab jedoch nichts auszusperren. Solidarisch standen neben dem organisierten Kern der Kollegenschaft die Unorganisierten zu uns.

Es war ein heroischer Kampf, erst nach fünf Wochen fanden die Unternehmer den Weg an den Verhandlungstisch. Aber selbst bei diesen Verhandlungen glaubten die Unternehmer, ihre Wünsche betreffend Arbeitszeitverlängerung, Urlaubsvorteilung und so weiter noch verwirklichen zu können. Dadurch zogen sich die Verhandlungen unnütz in die Länge. Den Schaden erlitt das Gewerbe. Die Mehrzahl der Berliner Tapeziererinnung setzt sich zusammen aus Kleinmeistern mit einem oder gar keinem Gehilfen, während Ledermöbel-, Magazinmöbel- und Matratzenfabriken und die bessere Arbeiter ausführenden größeren Geschäfte nicht genügenden Einfluß bei den Verhandlungen hatten. Diesem mangelhaften Einfluß der Industrieunternehmer auf die gesamten Tarif- und Lohnfragen ist es zuzuschreiben, daß auch die weiteren Verhandlungen sich äußerst schwierig gestalteten.

Sieben Tage Verhandlungen gleich einer vollen Arbeitswoche zu 46 Stunden waren notwendig, um in jedem Ringen Schritt für Schritt Boden zu gewinnen. Die Positionen des Tarifes mußten den Arbeitgebern einzeln abgerungen werden, bis die Möglichkeit geschaffen war, den Tarifvertrag, wie er an anderer Stelle der Zeitung kurz erläutert ist, abzuschließen. Mehr als einmal drohten die Verhandlungen zu scheitern. Eine Verhandlungskommission von über 80 Mann auf Seiten der Unternehmer hat die Verhandlungen weiter erschwert. Hoffen wir, daß für die Zukunft ein besserer Geist dort einzieht. Ist auch nicht alles erreicht, was wir forderten, so ist doch das Wichtigste, die 46stündige Arbeitszeit, gehalten worden. Im allgemeinen ist der alte Tarifvertrag bis auf Streichung von 1 Tag Urlaub wesentlich verbessert worden.

Den Berliner Kollegen sei noch gesagt: Kollegen und Kolleginnen! Ihr habt gezeigt, daß ihr es versteht, wenn es erforderlich ist, der Willfür der Unternehmer gegenüber entgegenzutreten. Euer festes Zusammenstehen und solidarische Ausharren verdient Achtung. Nutzt die kommende Zeit, organisiert alles, was euch noch fernliegt. Es gilt, alle die Kollegen und Kolleginnen, die im Streik zu uns gekommen sind und treu ausgehalten haben, der Organisation zu erhalten. Es gilt aber auch die zu erfassen, die noch nicht erkannt haben, daß ihr Platz in den Reihen der organisierten Arbeiter ist. Viel Arbeit gibt es noch zur Aufklärung zu leisten. Die unklaren Erscheinungen, die sich bei den Firmen Verjon und Müllroß und in anderen Einzelfällen (Streikbruch) zeigen, müssen für euch die Erkenntnis schaffen, daß für die Zukunft eure aktive Beteiligung an den Arbeiten der Organisation notwendig ist. Nicht die Leitung allein kann Erfolge sichern, sondern nur die gemeinsame Arbeit.

Die Ueberzeugung, den Unternehmern Achtung abgerungen zu haben, muß Unklarheiten auf alle Zeiten beseitigen. Die Opfer waren groß, die in diesem Kampf gebracht werden mußten. Ob der Schaden der Unternehmer größer war als der unsere, mögen die Herren selbst bewerten.

Nicht als Besiegte gehen wir in die Betriebe zurück, sondern aufrecht mit erhobenem Haupt, sicher, durch geschlossene Solidarität einen Erfolg erringen zu haben. Nicht dieses agitatorisch und organisatorisch aus! Es darf bei späteren Kämpfen keine Unorganisierten mehr geben.

Auf ans Werk! Schließt die Reihen!

Wag Müller.

Zur Lage in der Lederwarenindustrie.

An dieser Stelle ist schon des öfteren über die Lage und die Zukunft der Lederwarenindustrie berichtet worden. Dabei wurde auch gesagt, daß der kolossale Aufschwung dieser Industrie während der Inflationszeit ganz naturgemäß einen Rückschlag erfahren würde, der auch mit Stabilisierung unserer Währung prompt einsetzte.

In der „Frankfurter Zeitung“ erschien nun kürzlich ein Artikel, der sich mit der Lage der Lederwarenindustrie und ihre zukünftigen Aussichten beschäftigte. Es ist ja erklärlich, daß bei der großen Bedeutung der Lederwarenindustrie für den ganzen Bezirk Offenbach-Frankfurt a. M. und seine Bevölkerung solche Ausführungen Interesse beanspruchen. Da Tausende unserer Verbandmitglieder unmittelbar an der Entwicklung der Lederwarenindustrie interessiert sind, können auch wir nicht ganz achlos darüber hinweggehen. Ob die Ausführungen der „Frankfurter Zeitung“ in allen Punkten das Richtige treffen, ist eine Frage für sich, wir geben sie in ihrem wesentlichen Inhalt hier auszugsweise wieder, damit die Leser selbst insstande sind, sich ein Urteil zu bilden.

Nach einer Einleitung über die Offenbacher Lederwarenindustrie und ihre Bedeutung wird auf die im Auslande entstandenen Unternehmungen in dieser Industrie Bezug genommen. Früher sei England Hauptabnehmer Offenbacher Lederwaren gewesen, indem es etwas über die Hälfte der gesamten Produktion abgenommen habe. Mit Hilfe deutscher Fabrikarbeiter und anderer habe sich in England inzwischen eine eigene Industrie entwickeln können. Sie genieße den Vorteil, Rohwaren billiger beschaffen zu können und sei steuerlich geringer belastet als die deutsche Industrie. Heute liefern nur noch wenige Fabrikanten nach England, die noch von früher her dort Kundhaft haben, der sie langfristige Kredite gewähren können. Wehrlich liegen die Verhältnisse mit anderen Ländern, die früher ihre Waren von Offenbach bezogen haben, zum Teil noch ungünstiger, weil diese, um ihre junge Industrie zu schützen, die deutschen Erzeugnisse mit hohen Einfuhrzöllen belastet hätten. In den Vereinigten Staaten von Amerika stelle ein Herr Maurice White billige Lederwaren in Massen her, mit welchem er hauptsächlich die Warenhäuser überschwemmt. Amerika kaufe in Offenbach vor allem keine Lederwaren. Oft würde auch nur gekauft, um Muster in die Hände zu bekommen, die nicht zu schwer nachgemacht werden können. Der Einfuhrzoll in den Vereinigten Staaten bewege sich zwischen 35 bis 60 Proz.

Was von den anderen Ueberseeestaaten gesagt wird, ist ebenfalls wenig erfreulich. Entweder sind Konkurrenzunternehmen entstanden, oder es bestehen andere Mängel, die den Absatz deutscher Waren erschweren. Auf dem europäischen Markt liegen die Verhältnisse ebenfalls ungünstig. Die Tschechoslowakei hat eine eigene Industrie, die Wiener Lederwarenindustrie verjagt; außerdem diese Länder mit feinen Lederwaren. Der französische und italienische Wettbewerb machen sich auf Grund der Batista und niedrigerer Löhne recht spürbar. Die nördlichen Länder stemmen sich mit hohen Einfuhrzöllen gegen deutsche Wareneinfuhr.

In Deutschland selbst hindert die herabgedrückte Kaufkraft den Absatz hochwertiger Ware, auch sind die Bezieher nicht immer zahlungsfähig und kommen ihren Verpflichtungen nur recht schleppend nach.

Trotzdem soll es in Offenbach Betriebe geben, die nicht nur voll arbeiten, sondern sogar Ueberstunden arbeiten lassen. Eine Verbesserung der Geschäftsfrage sei unverkennbar eingetreten. Von der Befestigung oder Aenderung der Umsatzsteuer wird eine weitere Besserung erwartet, ebenso von der Aufhebung der Luxussteuer. Natürlich fehlt auch das alte Klagelied in dieser Schilderung nicht von den Lohnforderungen der Arbeiter und gewährten Zulagen.

Der Artikel soll auf Grund von Informationen Offenbacher Lederwarenfabrikanten geschrieben worden sein und enthält am Schluß noch den Hinweis, daß die Offenbacher Industrie auf Grund ihres guten Rufes als Lieferant reiner Qualitätsarbeit, trotz aller Konkurrenz, instande sein werde, sich zu behaupten. Wenn es dem Reiche gelingt, die Zollschranken auf Grund von Gegenseitigkeitsverträgen zu beseitigen. Ferner wenn die Scheuderverkäufe aufhören, die heute zum Zwecke der Geldbeschaffung noch zu bemerken sind.

Eine Menge von Geschäftsgründungen der Nachkriegs- und Inflationszeit kleinen und kleinsten Formals sei bereits wieder verschwunden. Trotzdem ist die Zahl der Lederwarenfabriken immer noch erheblich größer als vor dem Kriege.

Wenn die Informationsquelle für den Inhalt dieses Artikels die Offenbacher Lederfabrikanten selbst gewesen sind, dann lag bei ihnen ganz gewiss auch eine Absicht vor, gerade diese Form der Darstellung der Verhältnisse in der Offenbacher Lederwarenindustrie in der vielgelesenen und vielbeachteten „Frankfurter Zeitung“ zu wählen. Man wird nicht

fehl gehen, wenn man dahinter bestimmte Absichten vermutet. Der Kampf gegen die Umsatz- und Luxussteuer, gegen Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten muß ja schließlich mit Argumenten belegt werden.

Im übrigen sei bemerkt, daß die konstatierte Vermehrung der Lederwarenfabriken in Offenbach schließlich im Zuge der allgemeinen Entwicklung liegen dürfte. Andere Industrien entwickeln sich, vermehren und erweitern ihre Betriebe ja auch im Verhältnis zur allgemeinen Entwicklung.

Die Gefahren der Hochschulzollpolitik.

Professor Dr. W. Loß veröffentlicht in der „Wirtschafts- und Exportzeitung“ folgende recht instruktive Abhandlung:

Beim Streit um die Neugestaltung der deutschen Zollpolitik wird nur selten die finanzielle Tragweite der handelspolitischen Maßregeln gründlicher berücksichtigt. In einem Land mit so schwieriger Finanzlage, wie es Deutschland gegenwärtig ist, wäre jedoch aller Anlaß gegeben, jeden Schritt der Politik auch unter dem Gesichtspunkt zu würdigen, wie die Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden davon betroffen werden. Die verschiedensten Kreise der deutschen Bevölkerung klagen über unerträgliche Steuerlasten, man fordert mit Recht eine Vereinfachung der schier unübersehbar gewordenen Gesetze und Verordnungen über Steuern; man verlangt eine Milderung der drückenden Lasten. Andererseits werden an die Regierungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden fortwährend neue Anforderungen gestellt. Schon die laufenden Ausgaben zu decken wird immer schwieriger. Auf die Dauer kann man aber auch nicht den Fragen der Aufwertung der öffentlichen Schulden und der Erhöhung der Beamtengehälter aus dem Wege gehen. Wird nun eine Verwirklichung der jetzigen Pläne eines läckenlosen Schulzolltarifs die deutschen Finanzen kräftigen oder schwächen? Dies muß schließlich sehr ausschlaggebend sein für die Wahl der künftigen Handelspolitik des Deutschen Reiches.

Die erste Vorstellung des Laien pflegt zu sein: Hohe Schulzölle bringen viel Geld ein. Schulzollpolitik bedeutet also eine Stärkung der Finanzen. Es ist gar nicht zu leugnen, daß es Umstände gibt, in denen diese Argumentation zutrifft. Wenn es sich darum handelt, in einem bisherigen Agrarland durch vorübergehenden Schulzoll noch nicht entwickelte Industrien einzubürgern, so kann eine Zeitlang die Einnahme aus solchen Schulzöllen sehr beträchtlich sein. Dies hat Deutschland in den ersten Jahrzehnten des Zollvereins erlebt, ebenso die Vereinigten Staaten von Amerika bis 1914.

Im heutigen Deutschland handelt es sich aber um etwas ganz anderes. Ein Erziehungszoll für eine schwache, noch unentwickelte Industrie kommt nicht in Betracht; unsere Industrien exportieren in die ganze Welt und werden als Wettbewerber von anderen Ländern gefürchtet; sie sind nicht mehr zarte Pflänzlein, die in der ersten Jugendperiode Schutz vor älteren ausländischen Konkurrenzindustrien brauchten. Unsere Großindustrie will Schutz aus ganz anderen Gründen: erstens um den deutschen Markt zu beherrschen und hier durch Kartelle höhere Preise als beim Export zu sichern, zweitens um unseren Unternehmern für Handelsverträge Waffen in die Hand zu geben, damit wir im Austausch gegen deutsche Zollherabsetzungen Ermäßigungen ausländischer Zölle zugunsten unseres Exports durchsetzen. Politisch sind die Zollwünsche der Industrie in Deutschland nicht zu verwirklichen, ohne ein Bündnis mit den Landwirten, ebensowenig sind agrarische Zölle erreichbar ohne ein Bündnis mit den industriellen Schulzöllnern. Unter heutigen Verhältnissen ist es eine Illusion, ein anderes Schulzollsystem als das eines Solidaritätsschulzes in Deutschland politisch für möglich zu erachten.

Dies bedeutet finanziell: 1. Steigerung der Kosten der Lebenshaltung der deutschen Massen, soweit Lebensmittelzölle den Zweck erreichen, für landwirtschaftliche Artikel in Deutschland höhere Preise als auf dem Weltmarkt zu sichern. Dies heißt Verteuerung der Kosten der Arbeit gegenüber der ausländischen Konkurrenz und Mehrausgabe für höhere Beamtengehälter, höhere Baukosten für Länder und Gemeinden, überhaupt Belastung des Fiskus als Konsumenten.

2. Solidaritätsschulzoll bedeutet aber auch, daß unsere Zölle dem Fiskus weit weniger Einnahmen liefern, als die Belastung beträgt, die durch die Zollpolitik dem deutschen Volk auferlegt wird. Der Verbrauch an Rohstoffen in Deutschland wurde 1913 auf 18,5 Millionen Tonnen geschätzt; hiervon lieferte die Einfuhr weniger als eine halbe Million Tonnen. Die Zollentnahmen von Rohstoffen und Bruchstein betragen 1,3 Millionen Mark. Da aber das in Deutschland erzeugte Eisen dank der Organisation der Produzenten nicht wohlfeiler als zum Weltmarktpreis samt Zoll verkauft wurde, so betrug die wirt-

liche Belastung der deutschen Bevölkerung durch den Hoheisenzoll ungefähr 185,9 Millionen Mark. Hier- von war die fiktische Einnahme noch nicht 1 Proz., alles übrige Zolllasten für private begünstigte Unternehmer. Solidaritätsschutz bedeutet, daß wir neben den Reparationslasten, die uns schwer drücken, noch Lasten zugunsten heimischer Unternehmer uns auferlegen. Damit wird die Fähigkeit der deutschen Bevölkerung verringert, reichlicher solche Güter zu verbrauchen, deren Verteuerung durch Zölle unver- kürzt der Reichskasse zufließt. Der Verbrauch an Kaffee, Kakao, Petroleum, Zucker steigt nach den bisherigen deutschen Erfahrungen zu steigen bei Ver- besserung der Kaufkraft der breiten Massen. Der Verbrauch dieser Artikel sinkt, wenn sich Brot und Fleisch verteuern. Wir verkürzen also bewußt den Zollertrag der Finanzzölle, um durch Schutzzölle Privatleuten Begünstigungen zuzuwenden. Wir wirken hin auf hohe Preise im deutschen Inland, nachdem wir eben durch Krediteinstänkungen und harte Steuerpolitik einen Preisabbau zu erzielen suchten, wir setzen uns in Widerspruch zu unserer bisherigen Politik und gefährden durch die neuen Schutzmaßnahmen unsere eben langsam sich erholende Finanzlage. Ein Trost für uns kann es sein, daß andere Nationen nicht klüger als wir handeln und sich uns gegenüber in Zollerhöhungen überbieten. Dem Zollrisikowahnsinn in der Welt wird auf die Dauer die Not der Finanzen auch bei andern Län- dern Einhalt gebieten. Was wäre Deutschlands würdiger, als rechtzeitig die Zusammenhänge zwischen Politik und Finanzen in seinem Verhalten zu berücksichtigen?

Das unglücklichste Argument aber würde sein: Deutschland bedürfe hoher Schutzzölle, um die Wir- kungen seiner schweren Steuerlast im Wettbewerb mit dem Ausland auszugleichen. Nach solchem Rezept hat Frankreich in der Zeit von 1872 bis 1914 ge- handelt. Die Wirkung war: Verlangsamung des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts in Frank- reich und Einschränkung der französischen Geburten- zahl. Werden wir aus den Fehlern zu lernen wissen?

Aus unseren Berufskreisen.

Am Sonntag, den 3. Mai, findet für den ganzen Verwaltungsbezirk Offenbach im Gewerkschaftshaus, Aufstraße 9, eine Konferenz statt. Eröffnung vor- mittags 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht: Be- richt über den Stand der Organisation und die Agi- tation auf dem Lande. Die Heimarbeit im Offen- bacher Wirtschaftsgebiet. Die Lage in der Industrie. Im Offenbacher Bezirk, so wird berichtet, sind vier Kollegen aus dem Verband ausgestreut, weil sie angeblich an den Ausführungen über „Gewerkschaft und Wohnungswirtschaft“ in Nr. 10 der „Verbands- zeitung“ Anstoß genommen haben. Wir haben not- gedungen in Nr. 10 verurteilt, den Kollegen, die Hausbesitzer sind und dennoch ihren Lebensunterhalt durch ihrer Hände Arbeit verdienen müssen. Klarzu- machen, daß trotz dieses Hausbesitzes ihr Interesse nach wie vor die Aufrechterhaltung ihrer Mitglied- schaft im Verband notwendig macht. Wenn tatsäch- lich jemand an den Ausführungen in Nr. 10 Anstoß genommen hat, dann hat er wahrscheinlich nur sehr flüchtig gelesen und kaum über das Besessene etwas nachgedacht. Das Offenbacher „Mittelungsblatt“ knüpft denn auch die Bemerkung an unsere Ausführ- ungen, daß diese durchaus am Platze waren. Das Wort „Hausagrariar“ soll nun besonders verschmüpft haben. Wir stellen fest, daß in genanntem Artikel dieses Wort überhaupt nicht gebraucht wurde; es wurde immer nur vom Hausbesitz und Hausbesitzer gesprochen. Das Offenbacher „Mittelungsblatt“ ruft denn auch aus: „Heilige Einfachheit! Der Besitz eines Häuschens sollte doch wahrhaftig den Kollegen nicht so den Kopf verwirren, daß sie glauben, schon auf der anderen Seite kämpfen zu müssen.“

Demaskierung.

In Nr. 2 der „Offenbacher Mitteilungen“ hieß es: „Die Generalversammlung hat durch ihre Ab- stimmung dokumentiert, daß die Mitgliedschaft ge- willt ist, den Weg parteipolitischer Neutralität weiterzugeben, unter härtester Betonung einer klassenpolitisch rücksichtslosen Einstellung.“ Diesen konfuse Satz haben wir in Nr. 11 dieser Zeitung etwas beleuchtet und betont, daß man nicht gleichzeitig den Klassenkampf auf härteste führen und parteipolitisch neutral bleiben kann. Im „Offenbacher Mitteilungsblatt“ Nr. 4 wird nun unter dem Titel: „Wo stehen wir?“ (Ein Wort zur Parteipolitikenwahl) bestätigt, daß es mit der „partei politischen Neutralität“ sich nur um eine irreführende Reklamsache handelt hat. Unter Berufung auf Vassalle und das von ihm proklamierte Verlangen nach dem allgemeinen freien Wahlfrecht wird es als eine Unverschämtheit bezeichnet, daß die Gewerkschaftslisten für die Wahl des Zentrumsmanies Marx eintreten, nachdem der Reichspräsidentkandidat Otto Braun im ersten Wahl-

gang nicht genügend Stimmen erhalten hatte, die eine Wiederanstellung seiner Kandidatur für den zweiten Wahlgang am 26. April hätten rechtfertigen können.

Es ist den führenden Köpfen unserer Bewegung ganz gewiß nicht leicht geworden, sich für Marx zu entscheiden: Und sie haben es erst getan, nachdem alle Möglichkeiten erschöpft waren, durch Verständigung mit anderen Parteien die Wahl Brauns als Reichspräsident zu ermöglichen. Die kommunistische Partei als solche wäre bestimmt nicht für Braun ein- getreten.

Im den Bestand der Republik nicht zu gefährden und den Reichspräsidentenposten nicht in die Hände des Blughalters der Monarchie fallen zu lassen, mußte der schwere Entschluß gefaßt werden, für Marx einzutreten.

Wenn nun das „Offenbacher Mitteilungsblatt“ für die Wahl des Kommunisten Thälmann als Reichspräsident Propaganda macht und wenn außer- dem die Ortsverwaltung Offenbach die Mitglieder unseres Verbandes noch in einem besonderen Flug- blatt auffordert, gegen Marx und für Thälmann zu stimmen, so ist das sachlich und in der Wirkung das- selbe, als wenn sie aufgefordert hätte, direkt für Hindenburg zu stimmen.

Wer diesen Zusammenhang nicht begreifen sollte, dem können wir freilich nicht helfen, denn das Ver- ständnis politischer Zusammenhänge und die Folgen politischer Handlungen kann man selbst mit dem be- kannten Richter schwer jemandem beibringen, der unbeelehrbar ist und es bleiben will.

Die deutsche Heimarbeit- ausstellung in Berlin

ist vom 28. April bis 15. Mai geöffnet. Ausstellungshallen am Lehrter Bahnhof, Alt-Moabit 4-10.

Die Haltung der Offenbacher Ortsverwaltung in dieser bedeutsamen Frage, die sowohl politisch wie wirtschaftlich für die Gewerkschaften wie für das ganze deutsche Volk von größter Tragweite sein wird, da Marx nicht gewählt ist, bedarf aber auch noch einiger aufklärender Worte.

Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen wor- den, daß unser Verband auf Grund der Beschlüsse aller seiner Verbandstage dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund als Mitglied angehört. Wir sind infolgedessen gehalten, uns in dem Rahmen zu be- wegen, der für die Mitglieder dieses Bundes ganz allgemein durch Mehrheitsbeschlüsse geschaffen wurde. Die Offenbacher Ortsverwaltung stellt sich ostentativ aus diesem Rahmen heraus. Sie gehört dem Orts- parteiell in Offenbach seit Jahr und Tag nicht mehr an, weil sie dessen Satzungen nicht respektiert. Sie macht vielmehr ihren Wiederanschluß an das Offen- bacher Ortsparteiell von Bedingungen abhängig, die dieses Parteiel unmöglich erfüllen kann.

Die Offenbacher Ortsverwaltung geht ihre eigen- en Wege. Für sie gibt es keine Mehrheitsbeschlüsse, keine Unterordnung und keine Disziplin. Ob dieses Verhalten dem Gesamtinteresse der Gewerkschafts- bewegung und der Arbeiterbewegung überhaupt auf die Dauer nicht direkt Schaden bringen muß, kann sich jeder selbst beantworten. Wir beschränken uns lediglich darauf, diese Tatsachen zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Neuabschlüsse von Tarifverträgen.

Für das Tapezierergewerbe in Baugen wurde mit der Zwangsinnung ein Tarifvertrag abgeschlossen. Derselbe gilt für die Amtslehrlingsmannschaft Baugen und die angeschlossenen Orte.

Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden wöchentlich. Ueberstunden werden mit 25 Proz. und Nachtstunden mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Bei Entlassungen muß eine achtblättrige Kündigung vorausgehen. Die Löhne werden festgelegt für Gesellen, Facharbeit- erinnen und Hilfsarbeiterinnen. Die Akkordsätze müssen so berechnet sein, daß 15 Proz. darüber zu verdienen sind. Ferien erhält jeder nach einjähriger Beschäftigungsdauer, steigend je Jahr um 1 Tag bis zu 5 Tagen.

Eine Tarifkommission, die die Streitigkeiten schlichtet, ist eingesetzt. Der Tarif gilt vom 1. März 1925 bis 28. Februar 1926.

Nach siebenwöchigem Zustand wurde ein Tarif- vertrag für Groß-Berlin abgeschlossen. Die Arbeits- zeit beträgt täglich 8, Sonnabends 6 Stunden. Ueber- stunden, die nur in dringenden Fällen gemacht wer- den sollen, erhalten einen Zuschuß ab der 49. Stunde von 25 Proz., ab 7 Uhr abends bis 10 Uhr 50 Proz. Für Nachtarbeiten werden 100 Proz., für Sonntags- arbeit 50 Proz. Zuschlag vergütet.

Die Mindestlöhne regeln sich für Facharbeiter und Näherinnen nach folgenden Gruppen:

- Gruppe 1: Aushilfen über 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit = 100 Proz.
- Gruppe 2: Aushilfen bis 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit = 65 Proz.
- Gruppe 3: Geübte Tapezierernäherinnen = 73 Proz.
- Gruppe 4: Ungeübte Tapezierernäherinnen = 50 Proz.
- Gruppe 5: Matrazennäherinnen = 65 Proz.

Der Mindestlohn wurde für die Gruppe 1 ab 24. April bis 31. Juli auf 1 Mk. festgesetzt. Alle anderen genannten Gruppen erhalten den Prozent- satz gemäß den ihnen zustehenden Löhnen.

Ab 1. August beträgt der Mindestlohn 1,05 Mk. und die Zulage tritt entsprechend auch für die ande- ren Gruppen ein. Die ungeübten Näherinnen er- halten nach einer Tätigkeit von 26 Wochen den Lohn der geübten Tapezierernäherinnen.

In der Matrazenfabrikation erhalten die unge- übten Näherinnen nach 13 Wochen Tätigkeit den Lohn der Matrazennäherinnen.

Für die Spezialberufsgruppen (Ledermöbel, Magazin-, Postermöbelarbeiter, Kleber) werden be- sondere Akkordtarife im Anschluß an den allgemeinen Vertrag vereinbart. Der Spezesatz für Arbeit außer dem Hause wurde mit 3 Proz. pro Arbeitsstunde festgelegt. Bei Arbeiten in größerer Entfernung, die das Uebernachten nötig machen, erfolgt die Fest- legung der Spezes durch freie Vereinbarung.

Wo Kost und Logis gewährt werden, wird trotz- dem ein Spezeszuschlag von 7 Proz. pro Stunde be- zahlt. Das Fahrgehd wird für die 3. Wagenklasse, die Fahrzeit in geschullichem Stundenlohn vergütet.

Die Akkordarbeit ist zulässig, der Mindestlohn ist auf Zugrundelegung der Akkordpreise garantiert. Jede Differenz, die sich aus der Akkordarbeit ergibt und im Betriebe nicht beigelegt werden kann, ent- scheidet endgültig die Schlichtungskommission.

Ferien erhalten alle Gesellen und Näherinnen, welche mindestens 12 Monate in derselben Arbeits- stelle tätig waren, und zwar im ersten Jahr 4 Tage, im zweiten Jahr 5 Tage, im dritten Jahr 6 Tage, im vierten Jahr 7 Tage. Wird der Arbeitnehmer vor Ablauf einer einjährigen Tätigkeit im Betriebe vom Arbeitgeber entlassen, so steht dem Arbeitnehmer ein Urlaub von 2 Tagen à 8 Stunden zu, sofern er mindestens 6 Monate in dem Betriebe beschäftigt war. Bei Akkordarbeitern wird in der Urlaubs- berechnung der Durchschnittsverdienst der letzten sechs Wochen zugrunde gelegt. Kündigung ist gegenseitig ausgeschlossen. Es besteht die Verpflichtung, den Arbeitsnachweis zu denungen. Eine Vermittlung ohne den Nachweis ist nicht statthaft. Nur wenn vom Nachweis eine geeignete Arbeitskraft nicht nach- gewiesen werden kann, steht das Recht anderweitiger Beschaffung zu, jedoch muß auch diese Entsendung dem Arbeitsnachweis gemeldet werden.

Der Vertrag tritt am 24. April in Kraft und endet am 15. Februar 1927. Wird er von keiner Seite 6 Wochen vor Ablauf gekündigt, so läuft er jeweils 12 Monate weiter.

Der Lohn unterliegt einer Kündigungsfrist von 2 Wochen. Erfolgt keine Kündigung, so verlängert er sich jeweils um 4 Wochen.

Allgemein wurde vereinbart, daß Maßregelun- gen aus Anlaß des Streiks nicht stattfinden dürfen. Alle Beschäftigte treten in ihre alten Rechte ein. Die Streikzeit gilt nicht als Unterbrechung des Arbeits- verhältnisses. Bisher bestandene bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bleiben bestehen. Die Ver- tragsparteien verpflichten sich, den Tarifvertrag zur Verbindlichkeitsklärung einzureichen.

F r e i b e r g i n S a c h s e n. Für das Tapezierer- gewerbe wurde am 1. März laufend bis zum 28. Fe- bruar 1926 ein Tarifvertrag abgeschlossen. Arbeits- zeit wöchentlich 48 Stunden, Ueberstunden werden mit 25 Proz. bezahlt.

Der Mindestlohn wurde im März mit 78 Pf. für ältere Gesellen festgelegt. In den Ledermöbel- betrieben ist der Lohn um 20 Proz. höher. Außer- dem haben selbständig arbeitende Kräfte einen An- spruch auf Leistungszulage. Ferien werden gewährt, nach halbjähriger Dauer, drei Tage steigend bis zu 8 Tagen nach dreijähriger Beschäftigungsdauer.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch den örtlichen Arbeitsnachweis. Eine Tarifüberwachsungs- kommission ist eingesetzt. Bessere Lohn- und Ar- beitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.

Stand der Löhne im April 1925.

L e d e r w a r e n i n d u s t r i e (Tariflohn des Facharbeiters über 23 Jahre):

- L o h n b e z i r k e: Berlin 80, Hamburg 80, Leip- zig 76, Rheinland-Westfalen 75, Stuttgart 74, Offen- bach-Frankfurt 73, München 70, Hannover 70, Nürn- berg 69, Magdeburg 68, Baden 68, Erfurt-Thürin- gen 66, Ostdeutschland 59, Schlesien 56 Pf. p r o S t u n d e.

L e d e r t r e i b e r e i n d u s t r i e (Tariflohn der gelernt- ten Arbeiter über 22 Jahre):

Lohnort oder Bezirk: Hamburg 85, Berlin 84, Bremen 82, Frankfurt a. M. 80, Nürnberg 76, Stuttgart 76, Mannheim 75, München 74, Köln-Dortmund 72 (2 Pf. Sozialzulage), Asperg, Ehlingen, Giengen, Göppingen, Pfaffingen, Reutlingen, Schorndorf, Ulm 72 Pf., Hannover 71, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Plauen, Zwickau 70, Stettin 66, Aachen 64, Hildesheim 64, Altmiltweida, Bischofswerder, Frantenberg, Glauchau, Meißen, Mittweida, Niederschlema, Riesa, Selbennersdorf, Werbau, Wurzen, Zittau 62,5, Fahrna u. B. 62, Reichen-dorf 60,5, Breslau 60 Pf. pro Stunde.

Handwerksfaktler (Lohn des Facharbeiters über 23 Jahre):

Bremen 80, Frankfurt a. M. 80, Hamburg 80, Berlin 75, Lübeck 75, Magdeburg 72, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Zwickau 70, Annaberg, Aue, Bauhen, Borna, Döbeln, Freiberg, Glauchau, Meerane, Meißen, Reichenbach, Pirna, Werau, Zittau 67, Straßund 65, Borna, Brandenburg, Eberswalde, Ludenwalde, Dranenburg, Rathenow, Strausberg, Wittberge 65, Bischofswerda, Großenhain, Böbau, Dösch 64, Gadebusch 63, Segel- und Plänerfaktler in Berlin 100 Pf. pro Stunde.

Fahrzeugindustrie (Lohn der ältesten Facharbeitergruppe):

Düsseldorf 95, Hamburg 90/91, Köln 86, Berlin 84, Bremen 83, Chemnitz, Bauhen, Dresden, Leipzig, Plauen, Zwickau 83, Glauchau, Meerane, Reichenbach, Riesa, Zittau 79, München 75, Döbeln, Großenhain, Pegau, Rochlitz, Wurzen 74,5 Pf. pro Stunde.

Tapezierergewerbe (Mindestlohn der ältesten Facharbeitergruppe. In Klammern Lohn der Näherinnen):

Köln 110 (79), Berlin 100 (73), Essen 100 (62), Düsseldorf 97, Spezialarbeiter 105 (68-85), Hamburg 91, Spezialarbeiter 101 (64), Nürnberg 90 (60), München 88 (62), Magdeburg 87, Spezialarbeiter 10 Proz. mehr (58), Dresden 86 (58), Eiberfeld-Barmen-Remscheid 86-92 (61), Leipzig 86, Wurzen 86, Dortmund 85, Eder 100, Mannheim 85, Oldenburg 84, Chemnitz 83 (59), Frankfurt a. M. 83 (64), Stuttgart 83 (66), Hannover 83 (50), Wiesbaden 83, Schwerin 82, Augsburg 80, Bremen 80 (58), Delmenhorst 80, Dessau 80, Stettin 80 (50), Lübeck 80, Freiberg 78, Bielefeld 77, Darmstadt 77, Elmshorn 76, Lüneburg 76, Wilhelmshaven 76, Coblenz 75, Bochum 75, Halle 75 (53), Kiel 75, Münster 75, Neumünster 75, Braunschweig 73, Straßund 73, Königsberg 73, Spezialarbeiter 73, Helmstedt 72, Weimar 71, Regensburg 71, Spiekerlohn 80 Pf., Ffensburg 70, Hildesheim 70, Kissingen 70, Kreuznach 70, Altenburg 69, Eisenach 69, Oera 69, Bamberg 68, Brandenburg 68, Breslau 68, Finsterwalde, Postack 68-75, Gleichen 67, Gotha 66, Nordhausen 66 Pf. pro Stunde.

Cassel und Duisburg. Streits beendet.
Stolz l. P. Wegen Lohnhöhen Streik.
Treibriemenindustrie.
Gummersbach-Bergneustadt. Bei Firma Brüning sind die Kollegen im Ausstand.
Nebel streng die befreiten Orte.

Verbandsnachrichten.
(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 27. April bis 3. Mai ist der achtzehnte Beitrag fällig.
Pünktliche Beitragszahlung ist Ehrensache für jedes Mitglied.

Alle Ortsverwaltungen, welche die Monatsberichtsarte noch nicht eingekandt haben, müssen dies sofort erledigen.

Langjährige Mitglieder der Verwaltungsstelle Leipzig.

- Abelung, Wilhelm, Sattler, 27 Jahre.
- Beller, Sutilus, Sattler, 27 Jahre.
- Berger, Otto, Sattler 26 Jahre.
- Berthold, Otto, Sattler, 26 Jahre.
- Busch, Richard, Sattler, 26 Jahre.
- Berger, Oskar, Sattler, 30 Jahre.
- Glmer, Hermann, Sattler, 25 Jahre.
- Frenzel, Bruno, Sattler, 27 Jahre.
- Freitag, Richard, Sattler, 27 Jahre.
- Holzappel, Hermann, Sattler, 32 Jahre.
- Herzog, Robert, Sattler, 34 Jahre.
- Hassel, Emil, Sattler, 24 Jahre.
- Haber, Friedrich, Sattler, 34 Jahre.
- Hendreich, Emil, Sattler, 25 Jahre.
- Horenburg, Robert, Sattler, 25 Jahre.
- Krug, Emil, Sattler, 25 Jahre.
- Klügel, Arthur, Sattler, 24 Jahre.
- Kelsch, Gottlieb, Sattler, 30 Jahre.
- Krämer, Karl, Sattler, 28 Jahre.
- Litowsky, Adam, Sattler, 25 Jahre.
- Langenberger, Albin, Sattler, 28 Jahre.
- Neumann, Heinrich, Sattler, 25 Jahre.
- Hauhsch, Friedrich, Sattler, 30 Jahre.
- Krebs, Hermann, Sattler, 33 Jahre.
- Hierold, Paul, Sattler, 26 Jahre.
- Weiße, Hugo, Sattler, 27 Jahre.
- Wiese, Wilhelm, Sattler, 32 Jahre.
- Welschwege, Heinrich, Sattler, 26 Jahre.
- Lorge, Robert, Hilfsfaktler, 25 Jahre.
- Töpfer, Ernst, Sattler, 25 Jahre.
- Treyse, Oswald, Sattler, 25 Jahre.
- Schirmer, Richard, Portefeuller, 24 Jahre.
- Schödel, Max, Sattler, 26 Jahre.
- Steiner, Otto, Sattler, 33 Jahre.
- Spilzer, Fritz, Sattler, 26 Jahre.
- Slärr, Emil, Sattler, 34 Jahre.
- Rohland, Oswald, Sattler, 32 Jahre.
- Raquet, Karl, Sattler, 27 Jahre.
- Rüger, Fritz, Sattler, 27 Jahre.
- Becke, Heinrich, Tapezierer, 24 Jahre.
- Frommann, Fritz, Tapezierer, 25 Jahre.
- Dietrich, Richard, Tapezierer, 25 Jahre.
- Grunt, Oskar, Tapezierer, 28 Jahre.
- Glafer, Albert, Tapezierer, 25 Jahre.
- Greiner, Franz, Tapezierer, 28 Jahre.
- Rahming, Oskar, Tapezierer, 24 Jahre.
- Wilsdorf, Max, Tapezierer, 25 Jahre.
- Lieg, Richard, Tapezierer, 28 Jahre.
- Seufert, August, Tapezierer, 24 Jahre.
- Wittig, Robert, Tapezierer, 25 Jahre.

Düsseldorf. Auf eine 25jährige Mitgliedschaft konnte am 17. März der Kollege Richard Lieberwirth zurückblicken.

Kundschau.

In Deutschland ist seit 1920 die Geburtenziffer ständig gesunken und dadurch der Geburtenüberschuß stetig vermindert worden. Dr. Köhle vom Reichsgesundheitsamt weist darauf hin, daß die Geburtenziffer auf dem Lande zwar auch gesunken ist, doch lange nicht in dem Maße wie in der Stadt. 1921 betrug der Geburtenüberschuß für das ganze Deutsche Reich bei 1000 Einwohnern 17,3, 1922: 8,5, 1923: 7,1, während er noch im Jahre 1913 sich auf 12,4

befiel. In den Städten sind die entsprechenden Zahlen 8,1, 5,0 und 3,5; auf dem Lande 13,6, 11,9 und 9,6. Trotz einer natürlichen Bevölkerungszunahme von rund 1,9 Millionen in den Jahren 1920 bis 1922 hat die Bevölkerungszahl des Reichsgebietes bis zum Jahre 1922 ständig abgenommen, was sich durch nachträgliche Ausweisungen auf Grund des Versailler Vertrages erklärt, dazu kommen die Wanderungsverluste. Denn im Jahre 1923 ging ein Viertel des Geburtenüberschusses durch überseeische Auswanderungen verloren. Den Unterschied in der Geburtenabnahme in Stadt und Land findet Dr. Köhle darin, daß Stadt und Land von der Salutarität verschieden betroffen wurden. Die zunächst von deren wirtschaftlichen Folgen betroffene Stadtbevölkerung suchte ihr Heil in einer bisher beispiellosen Geburtenbeschränkung, und zwar nicht nur die Bürger, sondern vielleicht noch mehr die Arbeiter, um den eingeschränkten Nahrungspletraum zu erweitern und der Hebung der beschränkten Wohnung vorzubeugen, während die Geburtenziffer der von der Salutarität weniger betroffenen Landbevölkerung bis zum Jahre 1923 noch fortgesetzt in die Höhe ging. Mit der Geburtenabnahme in den Städten steht in Zusammenhang die ungeheure Zunahme der vorzeitigen Entbindungen, die vielfach die Zahl der rechtzeitigen Entbindungen übersteigen. Der Unterschied zwischen der Geburtenziffer in Stadt und Land erreichte in den letzten Jahren eine bisher noch nicht gefamte Größe. Er steigerte sich in den Jahren 1922 und 1923 noch weiter, in denen auch die Geburtenziffer auf dem Lande zu sinken begann. Die Geburtenüberschussziffer des Landes für das Jahr 1923 mit 9,5 kann im Vergleich mit früheren Jahren und mit der Ziffer anderer europäischer Länder, z. B. Frankreich mit 2,4 im Jahre 1923, noch immer als hoch bezeichnet werden. Es liegt daher kein Grund vor, pessimistisch in die Zukunft zu sehen und an der Wiedererstarungskraft des deutschen Volkes zu verzweifeln.

Adressenveränderungen.

- Münster i. W. Kass.: Hugo Säumer, Breite Gasse 33.
- Gulststadt. Vorf.: Paul Gandy, Gartenstr. 88.
- Kass.: Franz Schamer.
- Waldbr. Kass.: Albert Beder in Wilfenroth bei Deutlingen (Rhd.).
- Braunschweig. Vorf.: Paul Lank, Ulfandstr. 3.
- Kaiserslautern. Kass.: August Langtabel, Humboldtstr. 12.
- Ishoe i. Holfeln. Kass.: Heinrich Christen, Lindenstr. 43.
- Schneidemühl. Vorf.: Otto Mantel, Bromberger Str. 33.
- Saarbrücken. Kass.: Alois Vogt, Hohenzollernstraße 72.

Sterbetafel.

Freiberg (Sachsen). Am 7. April starb unser Mitglied Max Meerkstein.
Frankfurt a. M. Am 11. April starb nach langer Krankheit unser Mitglied Adam Koch im Alter von 82 Jahren.
Offenbach a. M. Am 11. April starb im Alter von 60 Jahren unser Mitglied, der Portefeuller Jean Kreuschner aus Neuenhurg am Herzschlag.
— Am 20. April starb im 48. Lebensjahre unser Mitglied, der Portefeuller Karl Dwork; er gehörte dem Verbands über 24 Jahre an.
Ehre ihrem Andenken!

Korrespondenzen.

Spandau. Genosse Münfinger hielt ein Referat über die politische Lage. Er ging bis in die Vorkriegszeit zurück und brachte zum Ausdruck, daß die heutige Republik nicht die von uns gewünschte Republik sei. Es liege an uns, eine solche zu schaffen, wie wir sie uns wünschen. Er forderte den Zusammenschluß des Proletariats, um die Republik zu erhalten. Auf den Präsidentenstuhl muß ein echter Republikaner kommen. Kollege Beder wies auf den 1. Mai hin, den internationalen Feiertag des Proletariats. Er forderte alle Kollegen auf, sich an den Veranstaltungen von Partei und Gewerkschaften kostenlos zu beteiligen. Beder gab bekannt, daß die Ortsverwaltung im 1. Quartal 27 neue Kollegen gewonnen habe. Ferner hat sie sich die Aufgabe gestellt, mit den Lehrlingen in rege Fühlungnahme zu treten. Nächste Versammlung Donnerstag, den 7. Mai, bei Schulte, Breite Straße 34. R. Thiede.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsaufnahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

- Fahrzeugindustrie.**
- Cöthen, Anhalt. Streik bei Firma „Hoffmann u. Schulz“.
- Düsseldorf. Die Belegschaft der Firma Schöndorf A.-G. steht im Lohnkampf.
- Bielefeld. Der Streik resp. die Aussperrung geht weiter.
- Hellbronn-Weinsberg. Der Lohnkampf mit Erfolg beendet.
- Breslau. Aussperrung im Waggonbau. Tapezierergewerbe.
- Berlin. Der siebenwöchige Kampf ist mit Erfolg beendet.



G. Brundlacher, Werkzeugfabrik,
Berlin S., Dranienstraße 45.

Für tüchtige Polsterer
zahlen wir dauernd
die höchsten Löhne.
Solort werden eingeführt 5 Kolle
Stapel- und 6 belle Lederarbeiter
Beurlaubte & Co. Witten Rhd.
Bestensfabrik gibt es wegen
Käumungsvorfall:
Größeren Posten
erstklass. wasserd. Regendecken
norddeutsche Façon
weit unter Preis!!!
Verlangen Sie Originalbedel. An-
fragen erhalte u. N. U. 1748 an
Rudolf Woffe, Frankfurt a. M.